

14. Juni 1971: Bericht des stellv. Vorsitzenden des KGB, V. M. Čebrikov, an das ZK der KPdSU über ein vertrauliches Gespräch des Vorsitzenden der CDU, K. Kiesinger, über die Regierung Brandt und die Taktik seiner Partei*

Streng geheim

Aus uns vorliegenden Angaben geht hervor, dass der Vorsitzende der CDU, Kiesinger, in einem Ende April d. J. geführten vertraulichen Gespräch in Bezug auf die Politik der Regierung Brandt und die Taktik seiner Partei unter anderem Folgendes mitteilte:

Seinerzeit hätten die Christdemokraten davon gesprochen, dass ihre Einstellung gegenüber den Verträgen mit der UdSSR und Polen von den Ergebnissen der Verhandlungen zu Berlin abhängen würden. Bei einer aktuellen Bewertung dieser offiziellen Position von CDU/CSU gelange Kiesinger nunmehr zur Schlussfolgerung, dass diese Haltung in sich eine Gefahr für die Christdemokraten berge. Die Regierung Brandt könne der Bevölkerung der BRD die Frage Berlin als „zufriedenstellende“ Lösung präsentieren. Dies sehe eine mehr oder weniger ungehinderte Verkehrsverbindung mit Westberlin vor, räume den Bewohnern dieser Stadt die gleichen Möglichkeiten für einen Besuch Ostberlins und der DDR wie den Bürgern der Bundesrepublik ein und garantiere die Aufrechterhaltung der wirtschaftlichen und gewisser politischer Beziehungen Westberlins mit der BRD.

Es könne der Fall eintreten, dass die Bevölkerung der BRD und Westberlins eine solche Regelung mehrheitlich als annehmbar empfinde und einen Verzicht der BRD auf eine Präsenz in Westberlin als möglich erachte. Sollten die Christdemokraten gegen eine derartige Lösung der Berlin-Frage auftreten, würden sie bei der Bevölkerung auf kein Verständnis stoßen. Was sollten die Christdemokraten nun in einem solchen Falle tun? Eine passende Antwort darauf habe man bislang nicht gefunden. Es bleibe ihnen bloß die Hoffnung, dass die Verbündeten der BRD in der Berlin-Frage weiterhin eine härtere Position einnehmen als die Regierung Brandt. Den Worten Kiesingers zufolge gäben seine Treffen mit einer Reihe politischer Akteure und Diplomaten westlicher Länder Anlass zu einer solchen Hoffnung. Jedoch wisse man in der CDU/CSU nicht, wie lange die Amerikaner, Engländer und Franzosen dem Druck der Regierung Brandt standhalten können, die nach Ansicht der CDU/CSU eine inakzeptable Lösung der Berlin-Frage anstrebe.

In der CDU/CSU habe man bislang noch keine klare Vorstellung davon, welche Position die Christdemokraten im Falle einer erneuten Regierungsbeteiligung gegenüber den Verträgen der BRD mit der UdSSR und Polen einnehmen müssten. Die Verbündeten der BRD seien erfreut darüber, dass die christdemokratische Opposition die Aktivitäten der Regierung Brandt auf dem Gebiet der „Ostpolitik“ bremse, in der Meinung, Brandt gehe voreilig Kompromisse mit dem Osten ein. Gleichzeitig seien die Verbündeten der BRD aber überzeugt, dass sich die Christdemokraten einzig und allein aufgrund ihrer Oppositionsrolle gegen die „Ostpolitik“ der Regierung aussprechen und sie bei einer Rückkehr an die Macht eine ebensolche Politik gegenüber den sozialistischen Ländern verfolgen würden, wie dies die Regierung Brandt tue. Nach Meinung der Alliierten hätten die Christdemokraten unter bestimmten Bedingungen die gleichen Verträge mit der UdSSR und Polen abgeschlossen, wie die Regierung Brandt. Laut Kiesinger hätten ihn die Gespräche mit politischen Akteuren und Diplomaten westlicher Länder davon überzeugt, dass niemand von ihnen die Einwände von CDU/CSU gegen die „Ostpolitik“ Brandts ernst nähme.

In Bezug auf die unlängst abgehaltenen Landtagswahlen in Schleswig-Holstein und deren Einfluss auf die innenpolitische Lage in der BRD merkte Kiesinger an, dass die Wahlniederlage der FDP das Bestreben eines Teils der Bundestagsabgeordneten verstärkt habe, von der FDP zur

* RGANI, F. 5, op. 63, d. 622, S. 174–176. – Briefkopf: „UdSSR, Komitee für Staatssicherheit beim Ministerrat der UdSSR, 14. Juni 1971, Nr. 1517-č, Moskau.“ Eingangsstempel: „ZK der KPdSU, 21573, 14. Juni 1971, obliegt der Rückgabe an die Allgemeine Abteilung des ZK der KPdSU, hs.: „25-s/7“. Hs. vermerkt: „[25-]s/7. Information auf der Rückseite.“

CDU/CSU-Fraktion überzulaufen. Die Christdemokraten ihrerseits, so Kiesinger, würden es nicht als notwendig erachten, den Fraktionswechsel dieser Abgeordneten zu forcieren, weil die Führung von CDU/CSU gegenwärtig keine Regierungsbeteiligung anstrebe, schrecke sie doch vor den gegenwärtigen erheblichen Schwierigkeiten auf dem Gebiet der Wirtschaft und der Finanzen zurück, denen auch die CDU/CSU nicht gewachsen sei. Es sei [jedoch] wahr, erklärte Kiesinger, dass die Christdemokraten die Möglichkeit eines Sturzes der Regierung Brandt bereits vor Ablauf der Legislaturperiode im Jahre 1973 nicht a priori ausschließen würden.

Im Zusammenhang mit dem „Führungsproblem“ der CDU gab Kiesinger zu verstehen, dass er nicht die Absicht habe, das Amt des CDU-Vorsitzenden abzugeben und er den nächsten Bundestagswahlkampf als Parteivorsitzender im Verbund mit einem jüngeren CDU-Politiker als Kanzlerkandidaten bestreiten wolle. Laut Kiesinger komme als ein solcher Kandidat Barzel infrage.

Kiesinger teilte mit, dass er derzeit, um der Regierung Brandt einen Schlag zu versetzen, die Möglichkeiten einer Auflösung der in Baden-Württemberg regierenden SPD/CDU-Koalition und die Abhaltung vorgezogener Landtagswahlen auslote. Kiesinger sei überzeugt davon, dass Neuwahlen einen Erfolg der Christdemokraten mit sich bringen und diesen die Möglichkeit einräumen würden, in diesem Bundesland eine Alleinregierung zu bilden. In diesem Fall würde sich die Position der Regierung Brandt im Bundesrat erheblich verschlechtern.

Dem Außenministerium der UdSSR zur Kenntnis gebracht.

Der stellv. Vorsitzende des Komitees für Staatssicherheit beim Ministerrat der UdSSR

Čebrikov¹

¹ Hs. unterzeichnet.